

Evaluation des „XENOS-Sonderprogramms Ausstieg zum Einstieg“

Kurzbericht

Im Auftrag des
Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS)

GIB – Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung mbH, Berlin

Februar 2012



Dieser Bericht wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) erstellt.

Das BMAS hat das Ergebnis dieses Berichts nicht beeinflusst; die Auftragnehmerin GIB trägt allein die Verantwortung.

Berlin, den 17.02.2012

Autorinnen und Autoren:

Annika Einhorn

Sina Goldkamp

Dr. Tim Grebe

Dr. Daniela Kroos

Sandra Popp

1. EINLEITUNG

Durch das „XENOS-Sonderprogramm Ausstieg zum Einstieg“ werden Initiativen, Projekte und Vereine gefördert, die den Ausstieg junger Menschen aus der rechten Szene unterstützen. Hierbei sollen insbesondere arbeitsmarktrechtliche Aspekte eine starke Berücksichtigung erhalten. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass Studien zu Ausstiegsprozessen von Rechtsextremisten zeigen, dass Schule, Ausbildung und Beruf eine entscheidende Rolle beim Ablösungsprozess von der Szene spielen können¹. Im Rahmen von „Ausstieg zum Einstieg“ werden durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) Projekte gefördert, die ausstiegswilligen Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen besseren Zugang zu Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung ermöglichen. Für ausstiegswillige junge Menschen, die bereits in Ausbildung oder Beschäftigung stehen, sollen Strategien erarbeitet werden, die einen geographischen, kulturellen und beruflichen Perspektivenwechsel vorsehen, um einen Abbruch aller Kontakte zur Szene zu erreichen. Des Weiteren sieht das Sonderprogramm eine Förderung des Erfahrungsaustausches zwischen Aussteigerprojekten vor. Hierbei sollen auch transnationale Erfahrungen in die Projektlandschaft getragen werden und zur Qualitätssicherung beitragen. Im Rahmen des Sonderprogramms stehen insgesamt zehn Millionen Euro zur Verfügung,² seit April 2009 werden 15 Projekte für die Laufzeit von drei Jahren gefördert. Auf Antrag kann die Projektförderung jeweils um ein Jahr verlängert werden (Transferjahr).

Bislang liegen nur wenige Erfahrungswerte hinsichtlich erfolgreicher methodischer Ansätze zur Unterstützung des Ausstiegs von rechtsextremen Personen vor.³ Aufgabe der Evaluation ist es zum einen, statistische Informationen über die gesamte Laufzeit der Projekte zu sammeln (Monitoring der Teilnehmer-, Projekt- und Finanzstrukturen) und zum anderen Erkenntnisse über innovative und erfolgreiche Strategien zur Unterstützung des Ausstiegs aus der rechtsextremen Szene in einem arbeitsmarktlichen Kontext zu generieren. Anhand einer formativen Prozess- und Wirkungsevaluation sollen programmbegleitend Rückmeldungen generiert werden, um eine Optimierung des Sonderprogramms auch während der Laufzeit zu ermöglichen. Der vorliegende

¹ Vgl. K.Möller / N.Schuhmacher (2007): Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge. Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.

² Rund sechs Millionen stellt das BMAS aus Mitteln des ESF und rund vier Millionen aus eigenen Haushaltsmitteln zur Verfügung.

³ Vgl. u.a. S. Schelleter (2007): Staatlich organisierte Aussteigerprogramme für rechtsextremistische orientierte Jugendliche und junge Erwachsene. Ein bundesdeutscher Ländervergleich. Diplomarbeit, Fachbereich Erziehungswissenschaften der Philipps-Universität Marburg, oder P. Rieker (2009): Rechts-Extremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf. Juventa Verlag. Weinheim und München.

Kurzbericht soll einen Überblick über die Untersuchungsergebnisse des ersten Zwischenberichts 2011 geben.

2. METHODISCHES VORGEHEN

Um den Aufgaben und Anforderungen einer prozessbegleitenden Evaluation gerecht zu werden, wurde ein Untersuchungsdesign gewählt, das qualitative und quantitative Erhebungsinstrumente miteinander verknüpft. Zunächst war es notwendig, die Kontextbedingungen zu bestimmen, mit denen die verschiedenen Projekte konfrontiert sind. Um regionalspezifische Informationen zu gewinnen, wurden *Sekundärstatistiken* sowie verschiedene *Literaturquellen* ausgewertet. Informationen über die regionale Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation wurden von der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellt. Angaben über die regionalen Strukturen und Größe der rechtsexremistischen Szene wurden aus den Verfassungsschutzberichten der einzelnen Bundesländer sowie aus Literaturquellen von Opfer- und Beratungsstellen (sofern entsprechende Informationen / Strukturen in der Region vorzufinden sind) gezogen. Die hierdurch erstellten „regionalen Profile“ wurden zum einen für die Vorbereitung der Vor-Ort-Fallstudien genutzt. Zum anderen stellen sie wichtige Informationen für die Systematisierung der verschiedenen Projektansätze zur Verfügung und dienen später dazu, die mögliche Übertragbarkeit von Projektansätzen zu überprüfen.

Der Fokus des ersten Zwischenberichtes lag zum einen auf der Analyse der Kontext- und Inputfaktoren der Projekte (finanzielle, personelle, zeitliche Ressourcen), zum anderen auf einer ersten Systematisierung der Projektansätze und Identifizierung von Good-Practice-Ansätzen. Hierfür wurden die *Finanzdaten des Bundesverwaltungsamtes* analysiert sowie *Fallstudien vor Ort* durchgeführt. Um die Fallstudien besser vorbereiten zu können und die Angaben der Finanzdaten um wichtige Informationen (z.B. Angaben zur Teamzusammensetzung, Qualifikationen der Mitarbeiter / -innen) zu ergänzen, wurden die geförderten Projekte im Rahmen einer ersten *Onlinebefragung*⁴ um entsprechende Informationen gebeten.

Um einen systematischen Vergleich der verschiedenen Projektansätze vornehmen zu können, wurden alle Projekte zwischen August und November 2011 vor Ort besucht und ein- bis zweitägige Fallstudien durchgeführt. Anhand der Fallstudien erfolgte zudem eine Auswahl von Good-Practice-Ansätzen. Es wurden Gespräche mit den Projektteams geführt, deren Angaben durch Interviews mit wichtigen Netzwerkpartnern sowie Teilnehmenden vor Ort gespiegelt und gegebenenfalls auch angepasst oder komplettiert wurden.

⁴ Zur Durchführung der Befragung wurde die Software „ESF-Survey“ genutzt.

3. ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE

Die Aufgabe der Evaluation besteht darin, eine Systematisierung der verschiedenen Projektansätze vorzunehmen, um erfolgreiche Projekte identifizieren zu können und auf ihre mögliche Übertragbarkeit zu prüfen.

Regionale Kontextfaktoren der Projekte

Eine erste Bedingung hierfür stellt die Bestimmung der regionalen Kontextfaktoren dar, die für die Aufstellung und Ausrichtung eines Projektes ebenso eine große Rolle spielen dürften wie für dessen Zielbestimmung und Erfolgswahrscheinlichkeit. Es wurde von der These ausgegangen, dass die Strategien und Unterstützungsangebote der Projekte stark von dem Organisationsgrad, der Struktur und der Größe der rechtsextremistischen Szene im Einzugsbereich, der regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation sowie den bereits vorhandenen Unterstützungs- und Netzwerkstrukturen in der Region abhängen dürften. Die Projekte sind in zehn unterschiedlichen Bundesländern angesiedelt, wobei ostdeutsche Bundesländer deutlich umfassender im Programm vertreten sind (mit zehn Projekten) als westdeutsche Bundesländer (mit fünf Projekten). Entsprechend dieser geografischen Aufgliederung der Projektlandschaft fallen auch die Kontextbedingungen der Projekte sehr unterschiedlich aus. Sowohl die Erstellung der regionalen Profile als auch die Analyse der Onlinebefragung und der Fallstudien machten die heterogenen Ausgangsbedingungen der Projekte deutlich.

Während einige Projekte in Regionen agieren, die als Hochburgen der rechtsextremen Szene angesehen werden können, sind andere in Gebieten aktiv, die einen vergleichsweise niedrigen rechtsextremen Aktivitätsgrad aufweisen. Und während in manchen Regionen die Jugendarbeitslosigkeit vergleichsweise gering ist und die Angebots-Nachfrage-Relation auf dem Ausbildungsmarkt als ausgeglichen bzw. sogar als entspannt eingestuft werden kann, sind andere mit einer schwierigen Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation vor Ort konfrontiert. Darüber hinaus wurde deutlich, dass nur wenige Projektträger ihre Projektidee bereits in der Konzeptionsphase mit der regionalen Projektlandschaft bzw. der regionalen Strategie (sofern vorhanden) in Bezug auf Rechtsextremismusprävention/-ausstieg abgestimmt haben. Die Nichteinbindung von wichtigen Netzwerkpartnern hat vereinzelt auch zu Startschwierigkeiten geführt.

Die Projektansätze greifen die unterschiedlichen Kontextbedingungen teilweise auf, indem Projekte in Regionen mit einer ausgeprägten rechtsextremistischen Szene und wenig vorhandenen Unterstützungsstrukturen beispielsweise in großem Umfang auf Beratungs- und Präventionsmaßnahmen setzen. Auf die weitere Projektentwicklung

bzw. den Projekterfolg haben die Kontextfaktoren dann aber verhältnismäßig wenig Einfluss: Zum einen bedingen die Stärke und Qualität der rechtsextremistischen Strukturen in der Region nicht, wie erfolgreich ein Projekt Teilnehmende akquirieren und betreuen kann. Zum anderen steht die regionale Arbeitsmarkt- und Ausbildungssituation weder in unmittelbarer Verbindung zum Vorhandensein einer starken rechten Szene, noch zu den Chancen der Arbeitsmarktintegration für die Projektteilnehmenden, da diese in der Regel einen ganzen Komplex sozialer Benachteiligungen mitbringen.

Relevante Inputfaktoren

Von großer Bedeutung für Projektentwicklung und -erfolg sind die Inputfaktoren der Projektarbeit, d.h. Mittelausstattung, Personal und Trägercharakteristika. In Bezug auf ihre Mittelausstattung zeigten sich die Projekte im Großen und Ganzen zufrieden. Teilweise wurde die personelle Ausstattung als zu gering erachtet, insbesondere wenn die Mitarbeitenden 0,5- oder 0,75-Stellen haben und in ihrer Arbeitszeit weite Anfahrtswege zu Teilnehmenden anstehen. Zudem haben einige Projekte den Aufwand des Netzwerkaufbaus und der Einzelfallbetreuung zu Beginn unterschätzt, weshalb teilweise weniger Personen beraten oder betreut werden konnten, als es anfangs anvisiert war. Als grundlegend für den Projekterfolg haben sich die Qualifikationen der Projektmitarbeitenden erwiesen. Hier ist es wesentlich, dass Kompetenzen sowohl im Bereich Ausstiegsarbeit/Rechtsextremismus als auch im Bereich Ausbildungs-/Arbeitsmarktintegration vorhanden sind. Zudem ist die genaue Kenntnis der Strukturen vor Ort hilfreich. Aufgrund dieser speziellen Anforderungen und wegen der teilweise unattraktiven Infrastrukturen in den Projektregionen hatten einige Projekte Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung und es ergaben sich Anlaufschwierigkeiten. Diese anfänglichen Personalprobleme konnten aber von fast allen Projekten zufriedenstellend gelöst werden. Nicht zu unterschätzen für die Projektentwicklung ist auch das „soziale Kapital“ des Trägers. Projektträger, die bereits über Netzwerke im Bereich Rechtsextremismusbekämpfung bzw. Arbeitsmarktintegration verfügten und bereits mit Behörden und anderen Akteuren vernetzt waren, konnten bedeutend schneller in die eigentliche Projektarbeit einsteigen als Projektträger, die bisher nicht oder kaum in diesen Bereichen aktiv waren.

Systematisierung der Zielsetzung der Projekte

Inhaltlich ist zunächst festzuhalten, dass das Sonderprogramm eine beachtliche Breite und Heterogenität an Ansätzen zur Unterstützung des Ausstiegs aus der rechten Szene hervorgebracht hat. Im Detail unterscheiden sich die Projektansätze deutlich von-

einander, wenngleich natürlich in einigen wichtigen Aspekten der Projektentwicklung auch klare Überschneidungen zwischen den Projekten erkennbar waren. Allerdings konnten keine festen „Projektcluster“ identifiziert werden, sondern je nach Fragestellung ergeben sich andere Projektgruppen mit jeweils ähnlichen Vorgehensweisen. Ganz grundsätzlich lassen sich verschiedene Hauptziele der Projektarbeit erkennen, die in unterschiedlichen Kombinationen und Ausprägungen bei jedem Projekt zu finden waren: Zunächst strebt ein großer Teil der Projekte eine *Sensibilisierung und Bewusstseinsweiterung in Bezug auf das Thema Rechtsextremismus* in der Region an. Ein weiteres Ziel vieler Projekte liegt in der *Präventionsarbeit*. So sollen Jugendlichen ohne rechtsextreme Tendenzen oder noch gering ausgeprägter Rechtsaffinität die Gefahren des Rechtsextremismus durch Beratungs- und Informationsangebote deutlich gemacht werden, um sie vor dem möglichen Abgleiten in die Szene zu bewahren. Außerdem sollen Handlungsoptionen für den Umgang mit „rechtsdenkenden“ Jugendlichen aufgezeigt werden. Präventionsarbeit leisten viele Projekte auch durch ihr Beratungs- und Informationsangebot, das sich an Multiplikatoren/innen und Eltern richtet: Auch sie sollen im Erkennen von rechtsaffinen bzw. rechtsextremen jungen Menschen und im Umgang mit ihnen geschult sowie über weitere Beratungsmöglichkeiten und Anlaufstellen informiert werden. Darüber hinaus verfolgen auch einige Träger das Ziel eines *weitreichenden Netzwerkaufbaus* zur Bekämpfung von Rechtsextremismus in der Region, was insbesondere auch unter Nachhaltigkeitsaspekten positiv zu werten ist. Bei *der Arbeit mit einzelnen jungen Menschen* lassen sich je nach persönlicher Problemlage des oder der Einzelnen folgende Hauptziele erkennen: Projekte, die hauptsächlich mit gefährdeten jungen Menschen (aufgrund von sozialen Benachteiligungen oder durch rechte Propaganda/Angebote) oder rechtsaffinen jungen Menschen ohne direkten Szenebezug arbeiten, definieren meist das Ziel ihrer Arbeit in der Prävention, im deutlichem Abwenden von rechtem Gedankengut und in der Erarbeitung von alternativen Denkmustern. Projekte, die mit deutlich rechtsaffinen, rechtsextremen und/oder in der rechten Szene verhafteten jungen Menschen arbeiten, setzen das Ziel in der Loslösung von der Szene bzw. in der innerlichen und äußerlichen Abkehr von rechtem Gedankengut.

Ausbildungs- und Arbeitsmarktorientierung der Projekte

Alle Projekte verknüpfen diese Ziele auf unterschiedliche Weise mit einer Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarktorientierung. Inwieweit der Einstieg in den Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt jedoch ein Schwerpunkt in der Projektarbeit ist oder sogar den Kern des Projektes bildet, unterscheidet sich stark von Projekt zu Projekt. Grundsätzlich wurde deutlich, dass fast alle Projekte eine deutliche thematische „Schlagseite“ entweder in

Richtung Arbeitsmarktintegration oder in Richtung Ausstiegs- bzw. Präventionsarbeit aufweisen.

Bei einer Minderheit von drei Projekten überwiegt die Arbeitsmarktorientierung sehr deutlich, da dort ausschließlich junge Menschen betreut werden, bei denen zuvor eine Arbeitsmarktproblematik, aber keine Rechtsaffinität festgestellt wurde. Dies liegt vor allem auch darin begründet, dass die Zuweisung der Teilnehmenden ausschließlich über die örtliche Agentur für Arbeit bzw. Grundsicherungsstelle stattfindet. Mit diesen jungen Menschen werden Bildungs- oder Beschäftigungsmaßnahmen durchgeführt, während das Thema Rechtsextremismus allenfalls am Rande angesprochen wird. Der diesen Projekten zugrundeliegenden Argumentation zufolge handelt es sich um Personen, die aufgrund ihrer sozialen Benachteiligungen und aufgrund einer regional sichtbaren Szene stark gefährdet sind, in rechte Strukturen abzurutschen. Dieses Argument überzeugt aber nicht, da intensive Aufklärungsarbeit dann umso wichtiger wäre.

Ein weiterer kleiner Teil der Projekte setzt ebenfalls stark auf die Integration in Ausbildung und Arbeit und sieht dies als einen guten Weg zur Prävention von Rechtsextremismus und zur Begleitung der Ausstiegsarbeit an. Gleichzeitig arbeiten diese Projekte aber auch intensiv zum Thema Rechtsextremismus. Insbesondere der Zugang zu jungen Menschen wird nach Auskunft der entsprechenden Projektteams durch Unterstützungsangebote im Bildungs- und Beschäftigungsbereich sehr erleichtert, d.h. über solche Unterstützungsangebote entsteht die Möglichkeit, das Thema Rechtsextremismus in Schulungseinheiten und persönlichen Gesprächen zu platzieren. Zudem haben diese Projektbeispiele enge Kontakte zu Unternehmen, in denen sie Schulungen für Mitarbeitende, Betriebsräte oder Auszubildende anbieten und die Unternehmen im Umgang mit offen rechtsaffinen oder rechtsextremen Belegschaftsmitgliedern beraten. Bei diesen Projekten haben die Bekämpfung von Rechtsextremismus als solche und die Arbeitsmarktintegration bzw. Arbeitsmarktorientierung einen ungefähr gleich großen Stellenwert.

Der überwiegende Teil der Projekte sieht die Arbeitsmarktorientierung als zwar wichtigen, aber nicht ausschließlich bedeutsamen Aspekt für die Arbeit mit „vom Abrutschen gefährdeten“, rechtsaffinen oder rechtsextremen jungen Menschen an. Diese Projekte streben insbesondere im *Casemanagement* einen ganzheitlichen Ansatz an, bei dem die Problemlagen der betreuten Person auch die Vorgehensweise im *Casemanagement* bestimmen. Neben Gesprächen über die politische Gesinnung und Aufklärungsarbeit zu Nationalsozialismus usw. ist das *Casemanagement* auf die Lösung von allen persönlichen Problemen ausgerichtet, die einen Einfluss auf den Ausstiegs- oder Präventionsprozess haben. Neben familiären Problemen, gesundheitlichen Problemen, Wohnungssuche usw. sind dies natürlich auch Fragen der Ausbildungs- oder Arbeits-

marktintegration. So werden die Teilnehmenden beispielsweise bei Besuchen im Jobcenter begleitet, erhalten Unterstützung beim Nachholen eines Schulabschlusses oder werden in Praktika (oder Arbeit) in Betriebe vermittelt. Tenor in den Interviews mit den Leitungen dieser Projekte war die Aussage, dass die Arbeitsmarktintegration als ein wesentlicher Aspekt gesellschaftlicher Teilhabe zwar eine wichtige Rolle in Ausstiegsprozessen spielt, ihre Bedeutung aber auch nicht überbewertet werden sollte. So dürfe man nicht die Illusion hegen, dass eine gelungene Arbeitsmarktintegration auch zwangsläufig die Loslösung von rechtem Gedankengut mit sich bringe.

Zielgruppen der Projektarbeit

Entsprechend dieser unterschiedlichen Grundausrichtungen sprechen die Projekte auch die im Sonderprogramm möglichen Zielgruppen in unterschiedlich starkem Maße an. Sehr auffällig ist, dass eine große Zahl an Projekten neben Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch Eltern und/oder Multiplikatoren und Multiplikatorinnen anspricht. Während Eltern oder anderen Familienmitgliedern die Möglichkeit gegeben wird, Unterstützung und/oder Beratung in Bezug auf ein rechtsaffines Kind zu erhalten und so auch ein Zugang zu potenziellen Teilnehmenden ermöglicht wird, sollen Multiplikatoren und Multiplikatorinnen im Erkennen von rechtsaffinen oder -extremen jungen Menschen, im Umgang mit diesen und über mögliche Kontaktstellen informiert werden. Dies umfasst alle Personengruppen, die in engem Kontakt zu jungen Menschen stehen, beispielsweise Lehrer und Lehrerinnen, Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen, Auszubildende oder Beschäftigte in Kompetenzagenturen. Häufig ist dann auch geplant, dass die so geschulten Personen auffällige Jugendliche und junge Erwachsene an das jeweilige Projekt vermitteln. Diese Strategie war bisher aber nur in einigen Projekten erfolgreich, andere Projekte mussten alternative Zugangswege zu dieser Zielgruppe suchen.

Aufseiten der Jugendlichen und jungen Erwachsenen können darüber hinaus Unterzielgruppen unterschieden werden. Während manche Projekte sich im Sinne der Prävention an sozial benachteiligte und somit eventuell gefährdete junge Menschen wenden, richten sich die Angebote anderer Projekte explizit an mindestens rechtsaffine junge Menschen, ein Projekt sogar eher an Kernpersonen der Szene. Auch die Art der Zielgruppenansprache erfolgt sehr unterschiedlich. Folgende Varianten sind von den Projekten benannt worden:

- Potenzielle Teilnehmende müssen sich selbst an das Projekt wenden oder von einer anderen Institution weitervermittelt werden;
- Multiplikatoren und Multiplikatorinnen weisen auf auffällige Jugendliche und junge Erwachsene hin, zu denen dann Kontakt aufgenommen wird;

- junge Menschen werden im Rahmen von Bildungs- oder Beschäftigungsmaßnahmen angesprochen;
- junge Menschen werden im Rahmen von Angeboten des Projektträgers oder seiner Netzwerkpartner (z.B. Sportangebote, Beschäftigungsmaßnahmen, Jugendclub) angesprochen;
- Streetwork (z.B. bei Konzerten);
- Kontakt-Hotline für junge Menschen oder deren Eltern.

Die Direktansprache von potenziellen Aussteigerinnen und Aussteigern durch Mitarbeitende der Projekte war häufig schwer realisierbar und wurde in den entsprechenden Projekten meist zugunsten des Zugangs über Multiplikatoren aufgegeben. Als prinzipiell ungünstig erwies sich die Strategie, über die Zuweisung durch die Jobcenter oder die Agenturen für Arbeit Teilnehmende zu gewinnen, da den Angestellten der Behörden aus unterschiedlichen Gründen eine Identifikation und gezielte Vermittlung von rechtsaffinen bzw. rechtsextremen Personen kaum möglich ist. Angesichts dieser Tatsache handelt es sich bei diesem Ansatz nach Ansicht der Evaluation um einen Konzeptionsfehler, in dessen Folge in einigen Fällen Personen an dem Sonderprogramm teilnahmen, die weder als rechtsaffin noch rechtsextrem eingestuft werden können.

Methodische Ansätze

Eng verknüpft mit den Zielsetzungen der Projekte, den Hauptzielgruppen und den Formen der Zielgruppenansprache sind Unterschiede in der methodischen Schwerpunktsetzung festgestellt worden. Es lassen sich insbesondere zwei methodische Ansätze ausmachen: Zum einen die Methodik des *Casemanagements* bzw. die Arbeit mit einzelnen Jugendlichen oder jungen Erwachsenen, zum anderen die Entwicklung und Bereitstellung von Gruppenangeboten (sowohl für junge Menschen als auch für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen). Jeweils nur ein bis zwei Projekte widmen sich nur dem *Casemanagement* oder der Beratungstätigkeit für Gruppen, während der Großteil der Projekte beides anbietet, aber unterschiedliche Gewichtungen vornimmt.

Bei der Einzelbetreuung bzw. beim *Casemanagement* im engeren Sinne sind – über die konkreten Maßnahmen hinaus – deutliche Unterschiede in der Zielsetzung und den Teilnahmevoraussetzungen gegeben. Während einige Projekte eine schriftliche Vereinbarung über den Willen zur Abkehr von rechtem Gedankengut fordern und den sofortigen Verzicht auf äußerliche Erkennungsmerkmale verlangen und teilweise auch unterstützen, stellen andere Projekte fast keine Voraussetzungen für eine Projektteilnahme auf. In einem Projekt dürfen die Teilnehmenden sogar während der Betreuung

im Projekt weiterhin eindeutig der rechten Szene zuzuordnende Kleidungsstücke tragen. Dementsprechend unterschiedlich sind auch die Ziele des Casemanagements, die von erfolgreicher Integration in Ausbildung oder Beschäftigung als alleinigem Ziel über die Stabilisierung der Lebenssituation des Teilnehmenden, die Verhinderung des Einstiegs in die rechte Szene und das „Säen von Zweifeln an rechtem Gedankengut“ bis zu einer eindeutigen Abkehr von der rechten Szene und der ihr zugrunde liegenden Ideologie reichen.

Die konkreten Angebote und Maßnahmen der Projekte sind sowohl im Bereich des *Casemanagements* bzw. der Einzelarbeit mit jungen Menschen (1) als auch im Bereich der Entwicklung von Beratungsangeboten für Gruppen von Multiplikatoren und Multiplikatorinnen oder Gruppen von jungen Menschen (2) äußerst vielfältig.

1. Beim *Casemanagement* bzw. der Arbeit mit einzelnen Jugendlichen oder jungen Erwachsenen decken die Projekte eine sehr breite Palette an Angeboten ab. Die Projekte, die Casemanagement im klassischen Sinne betreiben, betreuen die jungen Menschen in der Regel sehr umfassend und bieten dabei eine Vielzahl an Unterstützungsleistungen an. Zu nennen sind hier beispielsweise intensive politische Gespräche und Diskussionen, Aufklärungsarbeit durch Exkursionen, Ämtergänge, Unterstützung bei Bewerbungen und Herstellung von Firmenkontakten, Lösen persönlicher Probleme gesundheitlicher oder familiärer Art, Hilfe bei der Wohnungssuche, Trainings wie Antiaggressionstraining, Stärken-Schwächen-Analysen, Beantragung einer Kleiderpauschale und Unterstützung bei der Entfernung von Tattoos usw. In vielen Fällen werden auch die Eltern oder andere Familienmitglieder in den Betreuungs- und Beratungsprozess einbezogen. Projekte, die sich stärker auf Präventionsarbeit im Sinne einer Kombination von Arbeitsmarktorientierung und bildungspolitischer Arbeit konzentrieren, bieten beziehungsorientierte Jugendarbeit an oder machen persönliche Coachingangebote. Sie begleiten insbesondere bei der Ausbildungs- oder Arbeitssuche oder bieten diesbezügliche Weiterbildungsmöglichkeiten an.
2. Bei der Entwicklung von Beratungsangeboten für Gruppen von Multiplikatoren und Multiplikatorinnen, Gruppen von Jugendlichen oder Eltern werden ebenfalls zahlreiche Angebote gemacht.
 - Jugendlichengruppen werden bildungspolitische Schulungen/ Workshops angeboten, häufig in Kombination mit Bewerbungsinformationen und -trainings, erlebnispädagogische Maßnahmen, Sportmöglichkeiten oder Gruppenexkursionen.
 - Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, z.B. in Schulen, Behörden oder bei Bildungsträgern, werden Schulungen angeboten und direkte Bera-

tungsangebote gemacht. Dabei geht es u.a. um die Bedingungen von Ein- und Ausstiegen in bzw. aus der rechten Szene, um das Erkennen von rechtsaffinen oder rechtsextremen Jugendlichen und um Interventionsmöglichkeiten. Teilweise werden auch breiter angelegte Schulungen im Themengebiet Toleranz/Demokratie angeboten.

- Betrieben werden ebenfalls entsprechende Schulungen angeboten und direkte Beratungsangebote gemacht.
- Darüber hinaus richten einige Projekte telefonische oder persönliche Beratungsangebote an Eltern rechtsaffiner oder rechtsextremer Kinder und versuchen, diese beim Umgang mit ihrem Kind zu unterstützen.
- Nicht zuletzt machen einige Projekte Informationsangebote im Internet oder haben telefonische Hotlines eingerichtet.

Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern

Die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern und der Auf- oder Ausbau von Netzwerkstrukturen hängen stark davon ab, ob das jeweilige Projekt bereits zuvor auf den Themengebieten Rechtsextremismus oder Arbeitsmarktintegration tätig war, ob es mit bereits bekannten Kooperationspartnern zusammenarbeitet oder ein völlig neues Netzwerk aufzubauen versucht. Während einige Projekte, deren Träger bereits länger im Bereich der Ausstiegsarbeit oder der Bekämpfung von Rechtsextremismus tätig sind, vorwiegend mit bereits bekannten Partnern zusammenarbeiten und ihr Netzwerk allenfalls um wenige zusätzliche Partner insbesondere im Arbeitsmarktbereich erweitern, haben andere Projekte erst vor relativ kurzer Zeit einen neuen Arbeitsschwerpunkt auf die Themen Demokratie, Toleranz und Rechtsextremismusbekämpfung gelegt. Sie nutzen das Projekt auch zum Aufbau eines langfristigen Netzwerkes. Dies funktioniert insbesondere dort gut, wo Erfahrungen mit dem Themenbereich vorhanden waren und erste Kontakte zu Behörden und anderen relevanten Trägern bestanden. Projekte, die tatsächlich erst vor kurzer Zeit in den Themenbereich eingestiegen sind, waren häufig vor größere Herausforderungen beim Netzwerkaufbau gestellt und hatten eher mit Anlaufschwierigkeiten zu kämpfen. Im Falle eines Projektes spielten z.B. Konkurrenzdenken anderer regionaler Akteure und das zu späte Zugehen auf diese Akteure seitens des Projektträgers eine Rolle, in anderen Fällen wurde der Träger zunächst nicht als Akteur für das Themengebiet wahrgenommen und/oder stieß auf Desinteresse insbesondere bei relevanten Behörden. Bisher gescheitert sind die Bemühungen zur Netzwerkbildung nur bei zwei Projekten, die den zeitlichen und personellen Aufwand der Netzwerkbildung offenbar deutlich unterschätzt haben bzw. in einem Fall auch einen sehr starken Fokus auf die Arbeitsmarktthematik legen.

Zwischenstand der Projektarbeit

Zum Zwischenstand der Projektarbeit kann in den meisten Fällen ein positives Fazit gezogen werden. Sowohl die qualitative als auch die quantitative Analyse haben gezeigt, dass sich die Mehrzahl der Projekte entlang der in den Anträgen beschriebenen Arbeitspakete und Zielgrößen bewegt. Die einzelnen Projektbausteine konnten bis auf wenige Ausnahmen umgesetzt und damit die Angebote in der jeweiligen Region etabliert werden. Die Ansprache der Zielgruppe der – je nach Projektausrichtung – recht-saffinen bzw. rechtsextremen jungen Menschen stellte sich als Dreh- und Angelpunkt für die zielgerichtete Durchführung und damit letztlich den Erfolg der einzelnen Vorhaben heraus. Mehrheitlich konnten Anpassungen in der Anspracheform bzw. der Zielgruppenbestimmung Probleme in diesem Feld beheben. Einzelnen Projekten gelingt jedoch lediglich eine Ansprache nach arbeitsmarktlichen, nicht nach politisch-ideologischen Merkmalen der Zielgruppe. Hier sieht die Evaluation aktuelles Optimierungspotential.

Good-Practice-Ansätze

Nach der Durchführung von Fallstudien bei allen Projekten und unter Bezugnahme auf die Programmziele konnten Kriterien dafür festgelegt werden, unter welchen Bedingungen ein Projekt als „Good-Practice“-Beispiel gelten kann:

- **Mehrdimensionalität der Zielgruppen – junge Menschen plus Multiplikatoren oder Eltern:** Die Arbeit mehrerer Projekte zeigt, dass sowohl bei der Zielgruppenerreichung als auch bei der Ausstiegsarbeit selbst die Zusammenarbeit mit weiteren Akteursgruppen neben den Jugendlichen und jungen Erwachsenen von großem Vorteil ist. Sowohl Ansprechpartner in Schulen, Jugendvereinen usw. als auch Eltern bzw. Familie im weiteren Sinne können auf auffällige junge Menschen hinweisen und Veränderungsprozesse unterstützen (oder auch behindern).
- **Verbindung von Beratungsarbeit oder Ausstiegsarbeit mit Arbeitsmarkt-orientierung ist gegeben:** Mit diesem Kriterium wird überprüft, ob ein wesentlicher Aspekt der Programmausschreibung, nämlich die Verknüpfung von Ausstiegsarbeit mit der Unterstützung bei der Integration in (Aus-)Bildung und Arbeitsmarkt, in der Projektkonzeption und der tatsächlichen Projektarbeit erfüllt wird.
- **Zielstellung und Strukturiertheit der Beratungsarbeit oder des Casemanagements:** Hiermit ist zum einen die Frage gemeint, ob Beratungsarbeit und/oder Casemanagement in Hinblick auf eine eindeutige Zielstellung durch-

geführt werden (z.B. Lehrer dazu befähigen, rechtsaffine junge Menschen zu erkennen; bei rechtsaffinen oder rechtsextremen jungen Menschen eine innere Distanzierung von rechtem Gedankengut bewirken). Zum anderen ist hier auch von Bedeutung, ob die Arbeit mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen anhand einer vorab festgelegten Struktur, wie beispielsweise einem Stufenplan, erfolgt.

- **Innovative Zielgruppenansprache:** Dieses Kriterium bezieht sich darauf, wie neuartig und vielfältig bei der Ansprache (potenziell) rechtsaffiner junger Menschen vorgegangen wird. Wird die Zielgruppe z.B. auf verschiedenen Wegen erreicht oder konnten Probleme in der Zielgruppenansprache erfolgreich und im Sinne des Programms gelöst werden?
- **Fachlich-kritische Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus und Kompetenz auf diesem Gebiet:** Dieser Punkt bezieht sich darauf, inwiefern sich die Projektmitarbeiterinnen und Projektmitarbeiter auf einer fachlich-kritischen Ebene mit dem Thema Rechtsextremismus befassen und über welche Kompetenz auf diesem Gebiet sie verfügen. In diesem Punkt war eine sehr große Spannbreite zwischen den Projekten zu erkennen, die von „Experten-Projekten und -Trägern“ bis zu Projekten reichte, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich erst seit Projektbeginn mit der Thematik auseinandersetzen und die auch nicht auf diesbezügliche Erfahrungen des Trägers zurückgreifen können.
- **Transferierbarkeit des Projektansatzes:** In Bezug auf die Transferierbarkeit des Projektansatzes spielten zwei Punkte eine Rolle. Zum einen wurde hier überprüft, ob der Projektansatz auf andere – mehr oder weniger ähnlich strukturierte – Regionen übertragbar wäre. Zum anderen war hier von Bedeutung, ob der Projektansatz auch von anderen Trägerkonstellationen umgesetzt werden könnte oder ganz spezifisch auf den ausführenden Projektträger zugeschnitten ist.
- **Nachhaltigkeit im Sinne von Netzwerkbildung:** Während manche Träger vorwiegend auf bekannte und bewährte Kooperationspartner setzen, zielen andere Projektträger auf den Aufbau neuer Netzwerkstrukturen ab. Die letztere Strategie ist zwar nicht zwangsläufig als höherwertig einzuschätzen, wichtig ist aber, ob durch das Projekte nachhaltige Netzwerke zur Bekämpfung von Rechtsextremismus auf- oder ausgebaut werden können.
- **Nachhaltigkeit im Sinne von bleibenden Angeboten/Ideen/Informationen/ Problembewusstsein:** Das letzte Auswahlkriterium zielt darauf ab, ob durch das Projekt nachhaltige Angebote zur Unterstützung des Ausstiegs aus dem

Rechtsextremismus oder zur Unterstützung der Beratungsarbeit geschaffen wurden, die auch nach Projektende noch zur Verfügung stehen. Beispiele wären hier Schulungskonzepte und -unterlagen oder Veröffentlichungen. Ein weiterer Aspekt ist hier, ob die Projektarbeit das Problembewusstsein für das Thema Rechtsextremismus in der Region erhöhen konnte.

4. INTERIM-EMPFEHLUNGEN

Aus den bisherigen Evaluationsergebnissen lassen sich Zwischenempfehlungen ableiten, die sowohl die weitere Umsetzung der Projektkonzepte als auch die Gestaltung der Transferphase betreffen:

- Die Verknüpfung von Beratungsangeboten für Gruppen / Präventionsarbeit und Ausstiegsarbeit im engeren Sinn ist besonders dann zu empfehlen, wenn dabei konsequent arbeitsmarktbezogen vorgegangen wird, beispielsweise durch die **Einbindung von Betrieben oder Kammern**. Dadurch ergeben sich auch neue Zugangswege zu rechtsaffinen oder rechtsextremen jungen Menschen.
- Auch Projektkonzepte, die auf einer **Mehrdimensionalität von Zielgruppen** beruhen, sind positiv zu bewerten. Viele Projekte ziehen bereits auch Multiplikatoren und Multiplikatorinnen und Eltern in ihre Arbeit mit den jungen Menschen ein. Ihre Erfahrungen zeigen, dass sich die sozialen Benachteiligungen, die sich in der Zielgruppe gehäuft finden, auf diese Weise umfassender und nachhaltiger bearbeiten lassen.
- Die allgemeine Zusammenarbeit mit Arbeitsagenturen und Grundsicherungsstellen wurde von einigen Projekten als schwierig beschrieben. Begründet wurde dies häufig damit, dass die Thematik „Rechtsextremismus“ nicht in den expliziten Aufgabenbereich von Arbeitsagenturen und Grundsicherungsstellen fällt und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Kooperationen deshalb teilweise kritisch gegenüberstehen. Gerade vor dem Hintergrund des neuen Bewusstseins für rechtsextreme Aktivitäten in Deutschland wäre eine weitergehende entsprechende Sensibilisierung, auch unterstützt von zentraler Stelle, hilfreich. In Bezug auf die **Zielgruppenansprache** bzw. die Gewinnung von Teilnehmenden für die Projektangebote ist aufgefallen, dass einzelnen Projekten lediglich eine Ansprache nach arbeitsmarktlichen, nicht jedoch nach politisch-ideologischen Merkmalen der Zielgruppe gelingt. In diesen Fällen erfolgt die Zuweisung grundsätzlich über die zuständige Grundsicherungsstelle, wodurch es häufig zur Zuweisung von eindeutig nicht zur Zielgruppe des Programms zugehörigen jungen Menschen kommt. Trifft dies zu, sollten entsprechende Projekte versuchen, alternative Formen der Teilnehmendengewinnung zu entwickeln, die eine Teilnehmendenauswahl im Sinne der Programmziele ermöglichen.